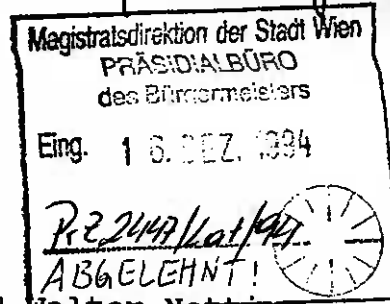


Vorschlag Ablehnen



Abänderungsantrag

der ÖVP-Abgeordneten Dr. Matthias Tschirf und ~~Walter Nettig~~,  
eingebracht in der Sitzung des Wiener Landtages am 16.12.1994,  
betreffend Post 2, Wiener Landesvergabegesetz.

Die Regierungsvorlage zum Wiener Landesvergabegesetz sieht im  
Gegensatz zu den Grundsätzen der Europäischen Gemeinschaft die  
Möglichkeit des Nachverhandelns im § 42 Abs. 2 vor. Es gilt eine  
EG-rechtskonforme Lösung im Sinne des Bundesvergabegesetzes zu  
finden.

Die gefertigten ÖVP-Abgeordneten stellen gemäß § 36 Abs. 2 der  
Geschäftsordnung für den Wiener Landtag folgenden

Abänderungsantrag:

Der Wiener Landtag wolle beschließen:

"Der Entwurf eines Gesetzes über die Vergabe von Aufträgen für  
Lieferungen, Bau- und Dienstleistungen (Wiener Landesvergabe-  
gesetz - WLVerG) wird wie folgt geändert:

Der § 42 Abs. 2 lautet: "Während des offenen oder nicht offenen  
Verfahrens darf mit den Bietern über eine Angebotsänderung nicht  
verhandelt werden."

Franz Kahr